

Platz abbeck

Nr. 1, Januar 2001

Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. PDS Ratsgruppe, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Telefon: 221-27840 Fax: 221-27841, e-mail: pds-gruppe@stadt-koeln.de

■ Editorial

Liebe Leserin,
lieber Leser,

wir hoffen, Ihr seid alle gut ins neue Jahr gekommen. Langsam beginnt auch wieder die Ratstätigkeit. Immer mehr gelingt es uns, uns im Rat zu etablieren. Ein von uns initiiertes Appell an den OB von Istanbul zum Thema Hungerstreik wurde von OB Schramma tatsächlich aufgenommen. Im Ausschuss für Stadtentwicklung setzten wir uns vehement für die Interessen von Bürgerinitiativen aus Kalk ein. Im Sozialausschuss setzten wir uns für die Interessen der Mieterinnen und Mieter in Köln ein.

Allerdings setzt die Ratsmehrheit ihre Privatisierungs-Ideologie immer mehr durch. Die CDU plant, Anteile der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GAG zu veräußern. Dies ist ein weiterer Schritt der Ratsmehrheit sich aus der Wohnungsbaupolitik zu verabschieden. Dabei ist die Wohnungsbaupolitik eines der zentralen Handlungsfelder im sozialen Bereich auf kommunaler Ebene. Daher muss die Stadt Köln weiterhin Einfluss auf den Wohnungsmarkt in erheblichen Umfang nehmen.

Wir müssen nunmehr dafür sorgen, dass bei der bevorstehenden Neufassung der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Köln unsere Stellung als Ratsgruppe aufgewertet wird. Dies wird selbstverständlich auf Widerstände im konservativen Lager stoßen. Wir benötigen deshalb dazu in ganz besonderem Umfang Eure aktive Unterstützung, insbesondere durch Leserbriefe in der bürgerlichen und der alternativen Presse.

Viel Spaß beim Lesen
Eure Sengül Senol

Gegen Privatisierung der GAG

Nachdem vor wenigen Wochen über 5000 Eisenbahnerwohnungen in Köln privatisiert worden sind, will die CDU noch einen Zahn zulegen und strategisch wichtige Anteile von GAG und Grubo verkaufen. Mit über 40000 kommunalen Wohnungen hat die Stadt einen großen Einfluss darauf, soziale und billige Wohnungen in Köln anzubieten.

„Dem Verkauf werden wir uns widersetzen und hoffen auf den Protest der Mieter“ erklärte Ratsmitglied Jörg Detjen.

Diese Privatisierungspolitik führt nicht nur zu drastischen Mieterhöhungen bei den städtischen Wohnungen, sondern wird insgesamt den Mietspiegel in Köln anheben. Bei den Eisenbahnerwohnungen stehen Mietsteigerungen von 3% plus Inflationsrate unmittelbar bevor.

„Wir halten auch nichts davon, jetzt 600 Wohnungen an die Mieter zu verkaufen“ erklärt Ratsfrau Sengül Senol. „Das ist nur ein Schachzug der CDU, um den Widerstand gegen eine Privatisierung aufzuspalten“. Der Marktwert dieser Wohnungen ist noch nicht einmal ermittelt. Im übrigen sollte mit dem Mieterverein und den Mieterbeiräten überhaupt einmal diskutiert werden, bevor Ratsvorlagen auf den Tisch gelegt werden, kritisiert die PDS-Offene Liste das Vorgehen der CDU.

Der Rat sollte die CDU/FDP-Vorlage nicht passieren lassen. „In Köln werden sowieso zu wenig preisgünstige Wohnungen gebaut“ meint Ratsmitglied Jörg Detjen. „Die GAG hat eine wichtige soziale Aufgabe, die sie bisher zu wenig nutzte.“



Erinnern – eine Brücke in die Zukunft

27. Januar 1945
Befreiung von Auschwitz

27. Januar 2001
Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus

Veranstaltung: 16.00 Uhr Antoniterkirche. Es spricht Bürgermeisterin Renate Canisius (SPD), Textcollagen, Musik: Markus-Reinhardt-Ensemble, ca. 17.30 Uhr, Gedenkgang zur „Treppe der Tränen“, Bahnhof Deutz. Von Deutz aus fanden die Deportationen Kölner Juden, Roma und Sinti in die Konzentrationslager der Nazis statt.

Schule – eine „vergessene Minderheit“

Vor knapp einem Jahr – so lange ist das noch gar nicht her – hatten sich die Schülerinnen und Schüler am Köln Kolleg geweigert, am Unterricht teilzunehmen. Die „neue“ Heizungsanlage funktionierte nicht. Schon über ein halbes Jahr hatten sie frierend die Schulbank gedrückt. Jetzt reichte es ihnen. Damals hatte sich die PDS Offene Liste öffentlich hinter die Aktion der SchülerInnen gestellt.

Diesmal waren die Eltern dran. Noch vor Ablauf der Frist haben die Eltern der Kölner Schulen Einspruch gegen den städtischen Haushaltsentwurf für 2001 erhoben. 150 Seiten beträgt die Liste der Missestände, die sie aufgeführt haben. Nicht gereinigte Klassenräume mit Pilzen im Teppich und Schimmel an den Wänden und völlig vergammelte Schränke sind keine Seltenheit.

Dass die Eltern kräftig mit anpacken, wenn bitter notwendige Renovierungen von der Stadt aus Mangel an Geld nicht durchgeführt werden, daran haben sie sich schon längst gewöhnt. Oft kaufen sie dann auch gleich die notwendigen Regale mit, weil die alten baufällig geworden sind. Vor allem in den zahlreichen Barackenräumen – der Bericht nennt 893 – sind die Zustände zum Teil katastrophal. Im Sommer ist es zu heiß, im Winter zu kalt, und die Wände sind so dünn, dass Schüle-

rInnen und LehrerInnen auch noch am Unterricht von nebenan teilnehmen müssen. Die von der Landesregierung versprochenen Computer sind nur Träume, die – wenn überhaupt – in Form von ausrangierten Modellen der Eltern oder LehrerInnen ungewartet ein kümmerliches Dasein in einer Ecke des Klassenraumes führen.

„Recht so!“, kann die PDS den Eltern der Kölner Schulen nur zurufen, wenn sie sich gegen einen Haushaltset auflehnen, der sich für die Schulen seit 20 Jahren kaum geändert hat und der die zahlreichen Missestände einfach unberücksichtigt lässt. An welcher Schule hat eigentlich Lehrer Fritz Schramma unterrichtet, wenn er die Vorwürfe der Eltern nicht teilen kann? Vielleicht erhofft er sich ja insgeheim eine Ausweitung der Aktion „eine vergessene Minderheit“ auf die ganze Schullandschaft nach dem Motto: die Spender werden’s



schon richten. Die Stadt könnte dann in Ruhe zum nächsten Großprojekt übergehen. Wie wärs zum Beispiel mit der schon angedachten „unterirdischen archaischen Promenade“? Vielleicht finden sich da unten noch alte römische Klassenräume!
Michael Kellner

Tausende auch in Köln betroffen

Die angeblich so soziale rotgrüne Bundesregierung verscherbelt die Wohnungen der Eisenbahn-Wohnungsgesellschaft (EWG) an die Immobilienfirma „Deutsche Annington GmbH“, eine Tochter des japanischen Nomura-Konzerns. Dieser hat öffentlich erklärt, 20 Prozent des Wohnungsbestandes im Laufe der nächsten zehn Jahre in Eigentumswohnungen umwandeln zu wollen.

In Köln sind 5098 Wohnungen von der Privatisierung betroffen. Die meisten befinden sich in den Stadtteilen Gremberghoven, Nippes, Kalk und Mülheim. Die PDS/OL-Gruppe im Rat setzt sich für die Interessen der Mieter dieser Wohnungen ein. In der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales und Seniorenfragen wird Ratsmitglied Senol die Frage auf die Tagesordnung bringen. Die Verwaltung wird aufgefordert, zu den Auswirkungen der Wohnungsverkäufe auf den Kölner Wohnungsmarkt Stellung zu beziehen.

Gefragt wird, inwieweit mietpreislebende Modernisierungen zu erwarten sind,

die zur Vertreibung der bisherigen Mieter und gleichzeitig zu einer massiven Verknappung einfachen Wohnraumes führen.

In der Anfrage der PDS/OL wird auch Auskunft darüber verlangt, welche Auswirkungen Mieterhöhungen auf den örtlichen Mietspiegel haben würden. Weiterhin soll die Verwaltung Farbe bekennen, ob sie dem Wunsch der CDU folgt und beabsichtigt, Anteile der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft GAG zu veräußern.

Der Vertreter der PDS/OL in der Bezirksvertretung Nippes, Michael Weisenstein, wird den Verkauf der Eisenbahnerwohnungen auch auf die Tagesordnung der Bezirksvertretungssitzung bringen.

In einer Flugblattaktion, die bei der Bevölkerung auf große Zustimmung stieß, hat die PDS Nippes sich eindeutig auf die Seite der Mieter gestellt.

Sen

Gewerkschaften sollen draußen bleiben

Der Wirtschaftsausschuss des Rates der Stadt Köln hat drei neue Beiräte gewählt:

1. Beirat für Medien- und Informationstechnologie
2. Beirat für koeln.de und
3. Beirat des neuen Betriebes „Köln-Tourismus“.

In allen drei Beiräten ist die Kölner Wirtschaft, u.a. durch die IHK, stark vertreten, die Gewerkschaften hingegen überhaupt nicht.

„Das ist ein Unding“, erklärt Ratsmitglied Jörg Detjen. „Nachdem die CDU/FDP-Mehrheit bisher ihre Leute auf alle wichtigen Posten gehievt hat, geht sie jetzt einen Schritt weiter und schließt ungeliebte Organisationen wie die Gewerkschaften aus der Beratung in wichtigen Beiräten aus“, kritisiert die PDS/OL das Verhalten der CDU.

So wurde der Vorschlag für die Besetzung des Medien- und Technologie-Beirates von der CDU-Ausschussvorsitzenden Petra Grah eingebracht und zum Beispiel die IG Medien als kompetente Gewerkschaft einfach übergangen.

Detjen kritisiert auch die Auswahl der Partner für eine Befragung über die Medienwirtschaft in Köln:

„Da müssen auch die Zuständigen der Berufsschule für Mediengestaltung befragt werden.“

■ Nippes

Radfahrerfalle wird entschärft

Im vergangenen Jahr beschloss die Bezirksvertretung auf Antrag von PDS/OL-Vertreter Michael Weisenstein, die Radfahrerfalle am Kuhweg endlich zu sanieren. Schlaglöcher und defekte Radwegbegrenzungen hatten schon für viele Radfahrer unliebsame „Grundberührungen“ zur Folge. Jetzt wurde der Beschluss der Bezirksvertretung umgesetzt. Ab sofort können die Radfahrer wieder ungefährdet den Kuhweg benutzen.

Ebenfalls auf Antrag von Michael Weisenstein wurde beschlossen, Beleuchtungskörper auf dem Parkplatz Nippeser

Tälchen zu installieren. Die Anlage ist jetzt im Bau.

■ Nippes

PDS/OL plant zwei Veranstaltungen

Zwei Veranstaltungen zu aktuellen politischen Fragen sind für das Frühjahr in Nippes von der PDS/OL geplant.

Die erste soll das Thema der Zwangsarbeit in der Nazizeit und Entschädigung für die Opfer behandeln.

In einer weiteren öffentlichen Veranstaltung geht es um „Flüchtlingspolitik“. Nähere Einzelheiten wie Veranstaltungstermine, Ort und Referenten folgen.

■ Hungerstreik in der Türkei

OB Schramma schrieb Brief an seinen Istanbuler Amtskollegen

Wie bereits mehrfach an dieser Stelle berichtet, befinden sich seit mehreren Monaten hunderte von politischen Häftlingen in der Türkei im Hungerstreik. Sie protestieren gegen die Einführung sogenannter F-Typ-Gefängnissen.

Darin werden die Gefangenen sowohl von der Außenwelt, als auch von den anderen Mithäftlingen isoliert. Die Staatsgewalt reagiert auf die Hungerstreiks mit unglaublicher Härte. In gemeinsamen Aktionen von Polizei und Militär wurden die Gefängnisse gestürmt und mindestens 30 Häftlinge umgebracht. Trotzdem geht der Hungerstreik weiter. Nach Informationen von amnesty international sind über 200 Gefangene weiterhin entschlossen, bis zu ihrem Tod zu hungern und nehmen lediglich Wasser zu sich.

Aus Solidarität befanden sich eine längere Zeit auch in Köln auf der Domplatte mehrere Dutzend Sympathisanten im Hungerstreik. In einer Veranstaltung des Menschenrechtsvereins Tüday vor der Oper sprach sich auch Ratsmitglied Sengül Senol für eine politische Lösung aus. Teilnehmer waren ebenfalls der Vorsitzende des türkischen Menschenrechtsvereins Hüsni Öndül und ein Mitglied des Ausschusses für Menschenrechtsfragen im türkischen Parlament, Mehmet Bekaroglu. Außerdem legte eine Besuchergruppe aus Politikern, Gewerkschaftern und Vertretern der Migrantorganisation DIFD

einen schwarzen Kranz vor dem türkischen Generalkonsulat in Hürth nieder. Obwohl an der Besuchergruppe auch unsere Bundestagsabgeordnete Ulla Lötzer teilnahm, verweigerte das Generalkonsulat jegliches Gespräch über die Situation der Häftlinge in der Türkei.

Die PDS/OL Ratsgruppe brachte, wie bereits berichtet, die Zustände auf die Tagesordnung des Hauptausschusses des Rates. Wir forderten von OB Fritz Schramma, sich bei seinem Kollegen der Partnerstadt Istanbul für die Hungerstreikenden einzusetzen.

Daraufhin reagierte OB Schramma. In einem Schreiben an den OB von Istanbul sprach sich Schramma für eine gewaltfreie Beendigung des Konfliktes aus.

Aus alledem wird deutlich, dass die türkische Regierung mit ihrem Verhalten gegenüber den Häftlingen in Deutschland über Parteigrenzen hinweg in der Kritik steht.

Es bleibt auch weiterhin unsere Aufgabe, die türkische Regierung in dieser Frage noch stärker zu isolieren. Allenfalls auf diesem Weg kann die türkische Regierung dazu bewegt werden, ihren Irrweg zu verlassen.

Sen

■ Nippes

Straßenstrich: Betreuung muss gesichert werden

Die PDS/OL hat bereits in der Debatte über die Verlegung des Straßenstrichs darauf hingewiesen, dass unabhängig vom Standort gewährleistet werden muss, dass die Frauen betreut und versorgt werden müssen.

Dazu gehören entsprechende hygienische Einrichtungen, Notrufmöglichkeiten und AnsprechpartnerInnen, die über Möglichkeiten zum Ausstieg aus der Prostitution informieren und dabei helfen können. MWS

■ Düngemittelhalle

Abriss „fatales Signal“ für Denkmalschutz

Eine Investorengruppe will die ehemalige Düngemittelhalle auf dem früheren CFK-Gelände in Kalk abreißen und dort einen Neubau nach Schicki-Micki-Art errichten. Demgegenüber fordern Kalker Bürgerinitiativen, die Düngemittelhalle als Begegnungszentrum und Industriemuseum zu nutzen.

Auf der letzten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung stand der Verkauf des Geländes auf der Tagesordnung. Wie sehr häufig in diesem Ausschuss standen sich Wirtschaftsinteressen weniger und Gemeinwohlinteressen konträr gegenüber.

Die PDS OL setzte sich selbstverständlich für die Interessen der Kalker Bürger ein.

Ratsmitglied Senol sprach dabei von einem fatalen Signal für den Denkmalschutz. Ein Zeugnis der Industriegeschichte Kalks wird zu Gunsten von Geldinteressen geopfert. Leider hat sich die Mehrheit des Ausschusses dafür ausgesprochen, das Gelände an die Investorengruppe zu veräußern. Damit ist ein weiterer gefährlicher Präzedenzfall geschaffen worden. Sollte die Entwicklung weitergehen, könnte das dazu führen, dass die Eigenart ganzer Veedel in Gefahr ist.



Foto: arbeiterfotografie

Mehr Geld für Strunz – und gegen uns

Es kam, wie es kommen musste: einmütig beschlossen in der Novemberratssitzung die vier Ratsfraktionen eine Erweiterung ihrer Bürgermeister-Büros um drei persönliche Ghost-Writer-Funktionäre und einen Krafftfahrer. Das wird den Stadtsäckel wiederum um veranschlagte DM 331.800,- schmälern. Und dies alles und allein für das wasserköpfig glücklose Bürgermeister-Kleeblatt, das sich skrupellos im Metropolenwahn zum Köln-Popanz aufbaut.

Es ist wie in den vorausgegangenen Ratsperioden wiederum nur eine Frage der Zeit, wann die Kölner Bürgerschaft letztendlich beim öffentlichen Auftreten dieser dekorierten Marionetten „das Kotzen kriegt“, auch wenn die „Auftritte“ noch so appetitlich angerichtet sind. Wer einmal darüber nachdenkt, was allein eine zehnmündige BM-Show an Steuergroschen verschlingt, der wird chronischen Schluckauf bekommen.

Ein Ärgernis: da bringt die Stadtverwaltung zur Aufstockung der Geldmittel für die Bürgermeisterbüros eine Beschlussvorlage in die Ratssitzung am 16. November 2000 ein, die sie tags zuvor gefasst hat. Verspätet und mit hin verfristet, wie die PDS-Ratsgruppe richtig feststellte und zu Sitzungsbeginn beanstandete. Flugs machte sich die CDU-Fraktion die Beschlussvorlage zu eigen und deutete sie in einen Dringlichkeitsantrag um. Um eine in sich schlüssige Be-

gründung, wie sie die Gemeindeordnung bei Gefahr im Verzug fordert, kümmerte sie sich allerdings nicht.

Angesichts der Mehrheitsverhältnisse und des „gemeinsamen Interesses“ aller Ratsfraktionen war ein Gegenvotum der PDS schon von vornherein zum Scheitern verurteilt: der Gegenantrag der beiden PDS-Ratsmitglieder wurde überstimmt, ohne sich gegenüber der Opposition in-

juristisch mehr als dürftige „Beanstandung“ der Bezirksregierung. Den inkriminierten Beschluss hob sie erwartungsgemäß nicht auf. Auch blieb offen, ob der überzogene Bürgermeister-Etat den Kommunalhaushalt 2001 unangemessen belastet, zumal dieser sich voraussichtlich als ausgeglichen erweisen soll.

Fazit: die PDS-Ratsgruppe hat im Verlauf der Auseinandersetzung um diesen



haltlich zur vorgehaltenen Dringlichkeit zu äußern. In der Sitzungsnachbereitung durch die PDS kam es dann zu einem Einspruch beim Regierungspräsidenten, der die untere Kommunalaufsicht führt: Verwaltung prüft Verwaltung.

„Roters rüffelt den Rat“, titelte der Kölner Stadtanzeiger einen Monat später die

Dringlichkeitsantrag Schwachstellen und Grenzen im bürgerlichen Lager und bei sich selbst abstecken können. Es bleibt zu hoffen, dass die Mehrheitsparteien zumindest in künftigen Ratssitzungen den „Denkzettel“ des Regierungspräsidenten bei sich tragen und im Wiederholungsfall wenigstens für diesen Augenblick „denken“.

■ Einbürgerung jugoslawischer Staatsbürger

Zügige Erledigung in Aussicht gestellt

In einer der letzten Sitzungen des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen wollte Ratsherr Jörg Detjen wissen, ob nach Aufhebung des EU-Embargos gegen Jugoslawien mit einer zügigen Erledigung von Einbürgerungsanträgen aus dem betroffenen Personenkreis gerechnet werden kann.

In den vergangenen Monaten hatten sich verschiedentlich einbürgerungswillige jugoslawische Staatsbürger an die Ratsgruppe der PDS/OL mit der Bitte um Hilfe bei ihrem Anliegen gewandt. Detjen nannte insgesamt eine Zahl von 260 bisher nicht behandelten bzw. zurückgestellten Anträgen.

Die Verwaltung erläuterte in ihrer Antwort, dass seit Anfang Dezember 1999 das Innenministerium des Landes Nord-

rhein-Westfalen die Anweisung erteilt hatte, die Erteilung von Einbürgerungszusicherungen für jugoslawische Staatsangehörige vorerst zurückzustellen, da aufgrund eines Embargos der Europäischen Union keine Zahlungen mehr an die Bundesrepublik Jugoslawien erfolgen durften.

Am 27.10.2000 hat die Europäische Kommission das Embargo teilweise gelockert. Danach dürfen nunmehr mit sofortiger Wirkung wieder Gebühren, die im Zusammenhang mit der Entlassung aus der jugoslawischen Staatsangehörigkeit stehen, an die jugoslawische Auslandsvertretung gezahlt werden.

Seit November werden überfällige Anträge, nach Aktualisierung der Vorgänge, jetzt abgewickelt.

Termine

Jeden Mittwoch, 18.00 Uhr:
Offener Treff der PDS Offene Liste mit allen Freunden und Interessierten zur laufenden Arbeit im Rat und den Bezirksvertretungen im Ratsbüro, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3.

Montag, 5. Februar, 19.00 Uhr
Weltwirtschaft und Globalisierungsmythos, Veranstaltung des Linken Dialog mit Dr. Winfried Wolf, DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz

Montag, 5. Februar, 19.00 Uhr
PDS-Stadtteilgruppe Mülheim, MüTZe, Berliner Str. 77

Mittwoch, 14. Februar, 19.30 Uhr
PDS/Offene Liste – Diskussion und Beschlussfassung über die Jahresplanung 2001, Bezirksrathaus Ehrenfeld